

PINNEBERG

Kaum noch Hoffnung auf Erdkabel

18.08.2012, 06:00 Uhr

Stromtrassenausbau: Energie-Staatssekretärin machte Quickborner Anwohnern Rechtslage deutlich

QUICKBORN. Die Staatssekretärin redete nicht um den heißen Brei. "Die Gesetzeslage ist eindeutig: Erdverkabelung ist an dieser Stelle nicht möglich", sagte Ingrid Nestle. "Wir brauchen die Trasse für die Energiewende." Die Bürgerinitiative "Quickborn unter Höchstspannung" hatte die Staatssekretärin aus dem Energieministerium in Kiel an den Peperkamp eingeladen. Dort würde die neue Höchstspannungstrasse bis zu 20 Meter nah an Häusern und Schulen vorbeilaufen. Die vorhandenen 220 Kilovolt-Kabel sollen durch 380-Kilovolt-Leitungen ersetzt werden.

Darum setzen sich Anwohner, zwei Initiativen, Politik und Verwaltung in Quickborn dafür ein, dass die Höchstspannungskabel unter die Erde kommen. Der Netzbetreiber Tennet lehnt dies ab, "weil es sechs- bis achtmal so teuer ist wie oberirdische Leitungen", sagt Firmensprecher Tom Wagner.

Aber nicht nur die Kosten seien ein Ausschlusskriterium, machte Nestle vor 50 Anwohnern deutlich. Der Bundestag habe nun mal klipp und klar im neuen Energie-Ausbau-Gesetz festgelegt, dass nur vier Pilotanlagen in Niedersachsen mit Erdkabeln gebaut werden sollen. Nur wenn es technisch nicht anders möglich sei, kämen auch woanders Erdkabel infrage. Das gelte aber nicht für Schleswig-Holstein. "Es war der erklärte Wille der schwarzgelben Bundesregierung, nicht mehr Erdkabel zuzulassen", sagte die frühere Bundestagsabgeordnete. "Diese demokratische Entscheidung müssen wir akzeptieren."

Doch davon sind die Quickborner weit entfernt. Bürgermeister Thomas Köppl kündigte an: "Wenn sie diesen Plan so erlassen, werden wir ihn beklagen und zwar durch alle Instanzen." Und auch BI-Sprecher Werner Schneider zeigte sich enttäuscht: "Dieser Besuch hat unsere Erwartungen leider nicht erfüllt." Er habe gehofft, dass die Ministeriumsvertreterin Erdkabeln "mehr Spielraum" beimesse. "Uns geht es um den Gesundheitsschutz." Die neuen Stromleitungen würden Anwohner mit dem zehnfachen Energiefeld belasten, der in Holland erlaubt sei.

Den Vorschlag Nestles, die Anwohner könnten die Mehrkosten der Erdkabel übernehmen, damit die Bundesnetzagentur es akzeptierte, lehnte er ab. "Wir müssen ohnehin eine Wertminderung unserer Häuser hinnehmen." Aber die Windmüller, die von dem Trassenausbau profitieren, könnten ja an den Kosten beteiligt werden.(bf)